



Welcher westdeutsche Politiker bezeichnete das politische Ziel der Wiedervereinigung noch im Herbst 1989 als „reaktionär und hochgradig gefährlich“?

## Aufbau Ost – das muss Herzenssache sein

„Für die Menschen und ihre Sorgen hat er nur wenig Verständnis.“

Diesen Eindruck hat Gerhard Schröder auch am Ende seiner Reise durch die neuen Bundesländer nicht auslösen können. Die Bilanz seiner Politik für den Aufbau

Ost, seitdem er in Berlin die Regierungsgeschäfte führt, ist bereits bei Reiseantritt negativ: Wirtschaftswachstum bleibt zurück, Arbeitslosigkeit steigt, Abwanderung nimmt zu, Kürzungen im Bundeshaushalt. Weitere Negativpunkte: Seite 3/4. **UD**

### INHALT

SCHRÖDERS  
SOMMERREISE  
Günter Nooke:  
Der Bundeskanzler  
erpresst die  
neuen Länder  
SEITE 5

DOKUMENTATION  
Wir sind ein Volk.  
Materialien zum  
10. Jahrestag  
der deutschen Einheit  
INNENTEIL

DEUTSCHE EINHEIT:  
GLÜCK UND NEID

---

UMTS-MILLIARDEN:  
GOLDMINE GEERBT

---

EURO:  
WÄHRUNGSSTABILITÄT  
FÜR SCHRÖDER  
EIN FREMDWORT

---

SCHULFACH WIRTSCHAFT:  
RICHTIGE VORBEREITUNG  
AUFS LEBEN

---

VERFAHRENEINSTELLUNG:  
ÜBEREIFER PARTEITREUER  
STAATSDIENER

---

15. WELTJUGENDTAG:  
ERFOLG DES PAPSTES

Es kommt nicht oft vor, dass die Kommentarauszüge, die wir unter „Aufgelesen“ für Sie machen, über das Einzelthema hinaus, zu dem sie gehören, auch untereinander in Beziehung treten. Deshalb diesmal ein sonst unüblicher Hinweis:

■ Gleich am Anfang zweimal „Glück“ – für Helmut Kohl im Jahr des Mauerfalls und jetzt für Bundesfinanzminister Hans Eichel. Mit dem großen Unterschied allerdings, dass 1989 einer beherzt eine Riesen-Chance ergriffen hat und mit den UMTS-Milliarden jemandem etwas in den Schoß gefallen ist, dessen Voraussetzung er als Ministerpräsident in Hessen unbedingt hatte verhindern wollen.

■ Plus und Minus liegen beim nächsten Beispiel kaum weniger weit auseinander: glänzender Start

des Euro am 1. Januar 1999. Nur 20 Monate später hat er ein Viertel seines Werts verloren. Rot-Grün nimmt gleich nach der letzten Bundestagswahl wichtige Reformen ohne Not zurück und erschüttert das Fundament für Stabilität, auch Stabilität der Währung.

■ Schließlich Vorbereitung auf das Leben. Wirtschaft zum Schulfach machen, fällt der größten Kultusbehörde bei uns schwer, obwohl Wirtschaft der Motor ist. Sachzwänge werden ins Feld geführt, wo entschieden werden müsste. Obwohl junge Menschen bei „Politikern und Parteien, Eltern und Schulen“, wie die „Welt“ schreibt, oft „nur unzureichend“ bedient werden, finden viele von ihnen selber, was sie haben wollen. Die zwei Millionen Jugendlichen haben das am 15. Weltjugendtag in Rom bewiesen.

IMPRESSUM

**UID**

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsteilung: Bernd Proffittlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementpreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

MANFRED KOLBE:

# Schröders Halbzeitbilanz Aufbau Ost **mangelhaft**

CDU-Landesgruppe  
Sachsen der  
Bundestagsfraktion  
zieht Bilanz

**Chefsache sollte der Aufbau Ost unter Bundeskanzler Schröder 1998 werden. Das Gegenteil ist nach zwei Jahren der Fall: Der Aufbau Ost stagniert, ja teilweise werden die Unterschiede zwischen Ost und West wieder größer und die innere Einheit Deutschlands rückt in weite Ferne. Der Aufbau Ost war nicht Chefsache, sondern nur Nebensache.**

Anlässlich des Starts einer „Sommerreise“ von Bundeskanzler Gerhard Schröder durch die östlichen Länder am 21. August im sächsischen Vogtland legt die CDU-Landesgruppe Sachsen im Deutschen Bundestag eine „10-Punkte-Negativbilanz“ der Aufbau-Ost-Politik Gerhard Schröders vor. Landesgruppenvorsitzender Manfred Kolbe: „Alle Politiker im Osten müssen Gerhard Schröder klarmachen, dass er den Aufbau Ost nicht

weiter nur als Nebensache mit links betreiben darf, sonst riskiert Deutschland, ein auf Dauer sozial und wirtschaftlich geteilte Land zu werden. Der Aufbau Ost muss endlich wieder Chefsache werden.“

## Die 10 Punkte-Negativbilanz im Einzelnen

### ■ Wirtschaftswachstum bleibt zurück

Seit Bundeskanzler Schröder regiert, wächst die Wirtschaft

im Osten – nach vielen Aufholjahren – wieder langsamer als im Westen: 1998 nur +2,1% gegenüber +2,9%, 1999 nur +1,2% gegenüber +1,4% und dieses Jahr voraussichtlich nur +2,2% gegenüber +2,8%. Der wirtschaftliche Abstand zwischen West und Ost ist unter Gerhard Schröder wieder größer geworden.

### ■ Arbeitslosigkeit steigt

Während die Arbeitslosigkeit im Westen erfreulicherweise zurückgeht, steigt sie im Osten

ANGELA MERKEL:

## Der Aufbau Ost muss Herzenssache sein



*Die Reise ist reines Kalkül. Schröder hat sich jahrelang nicht um die Entwicklung in den neuen Bundesländern gekümmert. Er hat wichtige Infrastrukturprojekte verhindert oder gestoppt. Die Sozialdemokraten versuchen jetzt, geschichtswidrig für sich ein Stück deutsche Einheit zu reklamieren. Ich weiß, dass sich auch Sozialdemokraten*

*für die Einheit stark gemacht haben. Aber ich weiß auch, dass Schröder gegen den Vertrag über die Wirtschafts- und Währungsunion gestimmt hat. Was noch entscheidender ist: Schröder betrachtet den Aufbau Ost nicht als eine Herzensangelegenheit, sondern als Machticherung. Für die Menschen und ihre Sorgen hat er nur wenig Verständnis.*

an: 1999 um 37.000 auf 1.467 Mio. zu Jahresanfang 2000. Im Juli 2000 beträgt die Arbeitslosenquote im Osten 17,0% gegenüber 7,5% im Westen, also mittlerweile knapp das zweieinhalbfache.

### ■ Abwanderung nimmt zu

Die ungleiche Entwicklung in Deutschland verstärkt die Abwanderung von Fachkräften aus dem Osten. 1999 haben insgesamt 195.530 Einwohner die östlichen Länder verlassen, das sind ca. 13.000 mehr als 1998. Dieser Trend verstärkt sich.

### ■ Kürzungen im Bundeshaushalt

Die Aufbaumittel Ost im Bundeshaushalt gehen weiter zurück, zum Beispiel die Wirtschaftsfördermittel „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ von 2,923 Milliarden DM in 1998 auf nur noch 2,0 Milliarden DM Bar-mittel im Bundeshaushalt 2001.

### ■ Stopp bei Verkehrsprojekten

Wichtige Verkehrsprojekte im Osten wie die ICE-Neubaustrecke durch Mitteldeutschland oder die Südraum-Autobahn Leipzig wurden gestoppt. Der neue Leipziger Interkontinental-flughafen bleibt bis auf weiteres ohne ICE-Anschluss.



Manfred Kolbe

### ■ Keine Standortpolitik für den Osten

Die rot-grüne Bundesregierung hat seit 1998 weder öffentliche Einrichtungen im Osten angesiedelt noch nennenswerte private Investitionen gefördert. Im Gegenteil hat Bundeskanzler Schröder dafür gesorgt, dass Rostock als Montagestandort für den neuen Airbus A3XX außen vor bleibt.

### ■ Steuerreform gegen den Mittelstand

Die rot-grüne „Steuerreform“ begünstigt mit einem Körperschaftssteuersatz von nur noch 25% große Aktiengesellschaften, die im Osten kaum ansässig sind. Mittelständler dagegen zahlen 2001 bis zu 48,5% Einkommensteuer. Hinzu kommen noch drei weitere Stufen der Ökosteuer, die den dünner besiedelten Osten und insbesondere die Pendler besonders hart treffen.

### ■ Keine Vermögenspolitik

Das Vermögen pro Haushalt liegt im Osten derzeit bei einem Drittel des Westniveaus. Natürlich ist dies eine Folge von 40 Jahren DDR, aber seitens der rot-grünen Bundesregierung gibt es auch keinerlei Vermögenspolitik, um zumindest eine langfristige Angleichung in Gang zu setzen.

### ■ Rentenangleichung Ost/West gestoppt

Durch die Orientierung der Rentenerhöhungen an der Inflationsrate hat Schröder die Rentenangleichung Ost/West gestoppt. Die Renten steigen jetzt in Deutschland gleichmäßig, so dass die Ost-Renten dauerhaft bei 87% der West-Eckrenten zu bleiben drohen.

### ■ Zweiter Arbeitsmarkt

Am 2. Arbeitsmarkt hat Rot-Grün massiv gekürzt. Im Bundeshaushalt 2000 gingen die Sachkostenzuschüsse um 500 Mio. DM auf nur noch 100 Mio. DM zurück, so dass viele kleinere Träger im Osten in Schwierigkeiten geraten sind. Ab 1. Januar 2001 sollen die ABM-Träger im Osten auch 25% der Personalkosten selber tragen müssen, wozu die meisten nicht in der Lage sind dürften.

GÜNTER NOOKE:

## Der Bundeskanzler erpresst die neuen Länder

Es kam so, wie es leider nicht anders zu erwarten war. Kanzler Schröders Tour durch den Osten führt an den wirklichen Problemen in den neuen Ländern vorbei.

Es sollte ihm zu denken geben, dass auch ostdeutsche

werde es nach Schröders Auffassung nur geben, wenn diese zu seiner Politik ansonsten den Mund hielten.

Die Solidarität mit den neuen Ländern ist aber eine nationale Aufgabe, die nicht mit politischen Erpressungsversuchen gelingen kann.

**LAUMANN:  
RENTENKONSENS  
GEFÄHRDET**

Endlich besucht der Bundeskanzler auch mal die Menschen in den neuen Bundesländern. Dies ist zwar grundsätzlich zu begrüßen, aber es ist auch dringend überfällig. Doch dass er die finanzielle Hilfe für die Menschen in den neuen Bundesländern von der Zustimmung zu seinen Rentenplänen abhängig macht, ist unglaublich. Das ist ein übler Erpressungsversuch der Bundesregierung. Doch eins muss klar sein: Die Union lässt sich in der Rentenfrage nicht erpressen. Mit solchen Erpressungsversuchen stellt Bundeskanzler Schröder den Rentenkonsens in Frage.

**TIEFES MISSTRAUEN.** Die Euphorie über den Kanzlerbesuch hält sich in Grenzen. Denn im Unterschied zu den Wessis sitzt bei den Ostdeutschen das Misstrauen gegenüber solchen Visiten tief. Kulisse für staatsmännische Auftritte waren sie früher oft genug. Hinzu kommt: Beide Seiten sind sich immer noch fremd. Zu sehr erinnert man sich daran, dass Schröder bis 1989/90 nicht zu den Verteidigern der Wiedervereinigung gehörte. Auch reist er nicht aus Zuneigung, sondern aus Machterhalt.

*Die Welt*

SPD-Bürgermeister harsche Kritik an seinem Tour-Plan üben.

Wie wenig dem Kanzler die tatsächlichen Probleme des Ostens am Herzen liegen, zeigt u.a. die Tatsache, dass er einen seiner ersten Auftritte zu einer unmissverständlichen Erpressung benutzt hat. Er knüpfte die Verhandlungen über den Solidarpakt II daran, dass die neuen Länder ohne Widerstand der Rentenreform zustimmen. Solidarität mit den neuen Ländern

Hier sollten die Länder, unabhängig davon, welche Partei dort regiert, zusammenstehen.

**PFLICHTTERMINE.** „Jetzt von der Wiedervereinigung zu sprechen, ist reaktionär und hochgradig gefährlich.“ Das Zitat ist vom 27. September 1989. Es stammt vom Oppositionsführer im niedersächsischen Landtag. Heute ist er Bundeskanzler. Eine Herzenssache war der Osten für Schröder weder vor noch nach 1989. Seine Reisen waren bislang Pflichttermine. Wenn er über seine wichtigsten Aufgaben redet, kommt das Stichwort Aufbau Ost nicht vor. Die Wahlen vor einem Jahr in Sachsen, Thüringen und Brandenburg brachten für seine Partei verheerende Ergebnisse.

*Sächsische Zeitung*

# Deutschland bei den Sozialausgaben nicht mehr Spitze

**Deutschland hat seinen Spitzenplatz bei den Sozialausgaben im europäischen Vergleich verloren.**

In Dänemark, Frankreich, in den Niederlanden und in Schweden liegt inzwischen die Sozialausgabenquote höher als in Deutschland. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Instituts für Wirtschaft und Soziales (WISO). Allerdings ist eine Tendenz zur Angleichung der früher sehr unterschiedlichen Sozialsysteme in Europa feststellbar, zog der Mitautor der Studie, Ulf Fink, in Berlin Bilanz.

Im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung erhöhten sich die Sozialabgabenquoten im EU-Durchschnitt von 17 Prozent 1970 auf 28,7 Prozent 1996. Für Deutschland wurde ein Wert von zuletzt 30,5 Prozent ermittelt. Dies bedeutet: Fast jede dritte verdiente Mark wird in Sozialbereich ausgegeben.

Laut Fink hat die Untersuchung die Vermutung widerlegt, dass die Höhe der Lohnnebenkosten die wirtschaftliche Entwicklung direkt beeinflusst. So trugen die Arbeitgeber in Dänemark 1996

nur 5,2 Prozent, in Spanien dagegen 41,8 Prozent zu den Einnahmen der Sozialkassen bei, „ohne dass etwa die wirtschaftliche Entwicklung Dänemarks besser verlaufen wäre als die Spaniens“.

Ähnlich verhalte es sich mit der Aufteilung der Sozi-

albeiträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Fink folgert daraus, „dass die Lohnnebenkosten bei der Lohnentwicklung selbst berücksichtigt werden, so dass ein zusätzlicher ökonomischer Effekt davon nicht ausgeht“.

## LADENSCHLUSS

### Ruprecht Polenz: Auf dem richtigen Weg

**Zur Debatte um die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten erklärte Generalsekretär Ruprecht Polenz:**

Den parteiübergreifenden Kompromiss der Wirtschaftsminister der Länder zur Änderung des Ladenschlussgesetzes, nach der die Geschäfte montags bis freitags bis 22.00 Uhr und samstags bis 20.00 Uhr öffnen dürfen, begrüße ich ausdrücklich. Dies ist ein weiterer Schritt auf dem richtigen Weg, den Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger nach längeren Öffnungszeiten zu erfüllen.

Spätestens seitdem Tankstellen, Bahnhöfe und Flughäfen zu regelrechten Supermärkten expandieren, in denen Kunden 24 Stunden am Tag einkaufen können und dafür auch bereit sind, erhöhte Preise zu bezahlen, wissen wir: Es ist illusorisch, die Ladenschlussbestimmungen in der bestehenden Form beizubehalten.

Von einer weiteren Flexibilisierung muss aber der Sonntag ausgenommen werden. Sonn- und Feiertage müssen auch weiterhin grundsätzlich arbeitsfrei sein.

DIETRICH AUSTERMANN:

# Stimmenkauf im Bundesrat bei der Steuerreform belastet Bundeshaushalt

Zu neuesten Agenturmeldungen erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann:

Jetzt hat Rot-Grün die Katze aus dem Sack gelassen: Der Stimmenkauf für die unzureichende rot-grüne Steuerreform kostet den Bundeshaushalt im kommenden Jahr 800 Mio. DM. Auf meine Anfrage von Anfang August hatte das Bundesfinanzministerium von Zusagen gesprochen, „die zu Entlastungen von Länderhaushalten führen können“, aber keinerlei Gesamtkosten genannt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert den Bundesfinanzminister auf, unverzüglich die Gesamtkosten nach Ländern und Projekten vorzulegen. Ein entsprechendes Schreiben habe ich jetzt an den Bundesfinanzminister gerichtet. Eine Zustimmung zum Reformänderungsgesetz kommt allerdings für die Union nicht in Frage.

## Notwendige Korrekturen

Endlich sind auch die rot-grünen Haushälter aufge-



wacht und stärken unsere Auffassung, dass die ökonomisch falsche Haushaltspolitik von Eichel korrigiert werden muss. Bereits vor Wochen hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gefordert, dass die wachstums- und beschäftigungsfördernden investiven Ausgaben des Bundes verstärkt werden müssen.

Denn der von der Regierung vorgelegte Haushaltsentwurf 2001 sieht eine drastische Kürzung der Investitionen von rd. 3 Mrd. DM auf 54,6 Mrd. DM gegenüber diesem Jahr vor. Und bis zum Jahr 2004 sollen die Investitionen weiter auf nur noch 52 Mrd. DM zusammengestrichen werden – mit der Folge, dass die Investitionsquote auf den Negativrekord von 10,4 vH absinkt. (1998:12,5 vH). Zur Verbes-

serung der Infrastruktur müssen dringend mehr Mittel eingesetzt werden, damit der Negativtrend bei der Investitionsfähigkeit gestoppt wird. Dies betrifft Straßenbau, Schienenwege, Städtebauförderung, Wohnraummodernisierung, Forschung und Technologie, Bildung, Modernisierung der Bundeswehr. Hierzu wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu den Haushaltsberatungen konkrete Anträge stellen, die bei den Investitionen deutlich zulegen.

## Immer noch zu wenig

Die von Koalitionspolitikern vorgeschlagenen „Verbesserungen“ für den Haushalt 2001 reichen allerdings nicht. Bau- und Verkehrsetat sowie Forschung und Technologiepolitik werden mit den Erhöhungen aufgrund der UMTS-Erlöse immer noch unter dem Etat 1998 liegen.

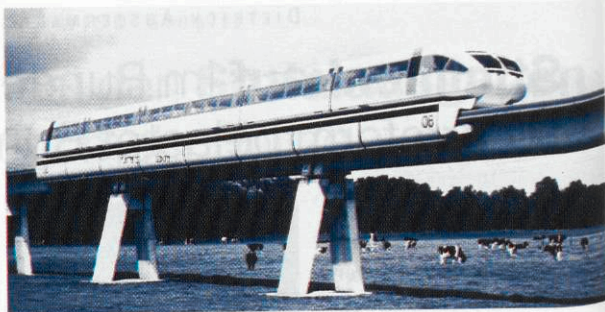
[http://](http://www.cducusu.bundestag.de)

Weitere Stellungnahmen zu Haushalt, Steuern und Finanzen: [www.cducusu.bundestag.de](http://www.cducusu.bundestag.de)

**NUR ZWEI** von 100 erwachsenen Deutschen wagen den Schritt in die Selbständigkeit – in den USA sind es fast vier Mal so viele. Zu diesem Ergebnis kommt eine vergleichende Gründerstudie (Global Entrepreneurship Monitor) auf Stichprobenbefragungen hin unter Experten. Als Hemmnis erweisen sich Schwächen im Bildungssystem, ein geringer Anteil an Gründerinnen sowie fehlende Gründermotivation.

**AUF REKORDHÖHE** sind in diesem Jahr mit rund 278 Milliarden Mark die Erbschaften in Deutschland gestiegen. Vor zehn Jahren lag die Summe mit 150 Milliarden Mark noch fast um die Hälfte darunter, berichtet die Deutschen Bank 24. Der größte Teil, rund 130 Milliarden Mark, entfällt auf Immobilien und Grundstücke. Mit sieben Milliarden Mark spielt das Vermögen aus Lebensversicherungen dagegen nur eine untergeordnete Rolle.

**RASANT** haben sich die Geschäfte der Bausparkassen in den neuen Bun- ▶



KLAUS LIPPOLD:

## Rot-Grün will das Aus des Transrapid

**Bundesverkehrsminister Klimmt, die Deutsche Bahn AG und die Industrie haben eine „Vereinbarung zur Sicherung und Optimierung der Deutschen Magnetschwebbahntechnik im Hinblick auf die zukünftige Anwendung in Deutschland“ getroffen.**

Dazu erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Lippold:

Das Ziel ist angeblich die Errichtung einer Anwendungsstrecke, in Wahrheit will die rot-grüne Regierung den Transrapid in Deutschland sterben lassen.

Die Behauptung, alle Beteiligten seien willens, „in Deutschland zügig eine Anwendung der Magnetschwe-

bebahn zu realisieren“, ist unglaubwürdig. Die Bundesregierung hat gegen die bereits durchgeplante Transrapidstrecke Hamburg-Berlin gestimmt, statt mit dem Bau zu beginnen. In diese Strecke sind schon viele Steuergelder investiert worden. Zweitens gilt sie bei Experten als ideale Anwendungsstrecke. Stattdessen sichert die Bundesregierung der Industrie jetzt zusätzliche Gelder zu – „für den Fall, dass eine Anwendungsstrecke wider Erwarten nicht realisiert“ werde.

Die neue Vereinbarung ist ein hilfloser Versuch, zu kaschieren, dass der Transrapid in Deutschland mit dieser Bundesregierung reine Theorie bleiben wird. **UD**





KARL LAMMERS:

## Munitionsfabrik an Türkei ebnet Weg für Panzer

**Zu der anhaltenden Diskussion innerhalb der Koalition zur Lieferung einer Munitionsfabrik in die Türkei erklärte der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers:**

Die Entscheidung zur Lieferung der Munitionsfabrik an die Türkei ebnet den Weg zur Lieferung auch des Leopard-2-Panzers, wenn die Türkei sich für dessen Kauf entscheidet. Deshalb wird der Streit innerhalb der Koalition so heftig geführt. Die Diskussion um die Munitionsfabrik aber kann die Inkonsequenz und Doppelzüngigkeit der deutschen Türkeipolitik nicht klarer zum Ausdruck bringen.

Wenn man der Türkei als NATO-Partner nicht einmal eine Munitionsfabrik liefern möchte, obwohl sie damit doch der NATO-Vorgabe zur Umstellung auf kleinere Kaliber nachkommen will, weil man sie nicht vertrauenswürdig genug hält, dann müsste konsequenterweise gefordert werden, sie aus der NATO auszuschließen. Diese Forderung aber wäre mit dem EU-Beitrittskandida-

tenstatus, der der Türkei erst im Dezember verliehen wurde, nicht zu vereinbaren. Deshalb wurde die Entscheidung zugunsten der Munitionsfabrik gefällt. Dementsprechend müsste sie dann auch zugunsten der Lieferung des Leopard-2 Panzers gefällt werden.

Einen Bärendienst haben sich diejenigen in der Koalition erwiesen, die, um die Munitionsfabrik zu verhindern, darauf hingewiesen haben, Gewehre seien im Hinblick auf den Kurdenkonflikt gefährlicher als Panzer, die im Gebirge kaum Verwendung finden könnten.

Die Bundesregierung hat keine Einwände gegen den Export der Leopard-Panzer an Griechenland erhoben. Gleichmaßen müsste sie mit der Türkei verfahren. Jede andere Entscheidung würde die Glaubwürdigkeit deutscher Außenpolitik gefährden.

Es ist fraglich, wie lange Bündnis 90/Die Grünen es noch hinnehmen werden, dass Außenminister Fischer sich im Bundessicherheitsrat bei Rüstungsexporten überstimmen lässt. **UD**

► desländern entwickelt. Insbesondere der Baufinanzierer Wüstenrot profitiert davon. Dessen Ost-Präsenz hat in den vergangenen Jahren viele Existenzgründer begünstigt und mehr als 600 Arbeitsplätze geschaffen.

**BEIM NACHWUCHS** vor allem wirkt sich die Mitgliederkrise der Gewerkschaften besonders bedrohlich aus. Nur noch jeder vierte Arbeitnehmer in Deutschland gehöre einer DGB-Gewerkschaft an, berichtet das DGB-Magazin „Einblick“ in seiner jüngsten Ausgabe. Der Anteil der Jüngeren an der Mitgliedschaft ist seit 1999 von 6,9 auf 6,5 Prozent – das sind noch 522.000 – gesunken.

**INTEGRATION** in die Gesellschaft ist neben dem Schutz der Bevölkerung vor weiteren Straftaten die wichtigste Aufgabe des Jugendstrafvollzugs. In einer Rede aus Anlass des 50-jährigen Jubiläums des Fließner-Vereins hat der hessische Justizminister Christean Wagner damit den besonderen Erziehungsauftrag des Staates gegenüber jugendlichen Straftätern begründet.

# 630-DM-Job-Gesetz ruiniert Ehrenamt

**Zu der Anhörung der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über die Problematik der Sozialversicherungspflicht für ehrenamtlich Tätige erklärten der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl-Josef Laumann, und der sozialpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Johannes Singhammer:**

Die Vertreter von 11 Institutionen, die über 6 Millionen Ehrenamtliche vertreten, befürworteten den Gesetzentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Stärkung des Ehrenamts fast geschlossen in einer Anhörung. Das 630-DM-Job-Gesetz vertreibt jeden Tag Tausende aus dem Ehrenamt und entfernt Deutschland von einer Bürgergesellschaft. Der Weg der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist richtig und wichtig. Unser Gesetzentwurf zur Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit wurde von den meisten geladenen Sachverständigen bestätigt: So begrüßten der Deutsche Sportbund und der Städte- und Gemeindebund

den Gesetzentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nachdrücklich, und der Deutsche Feuerwehrverband und der Sozialverband Deutschland sehen ihre Interessen in diesem Entwurf in vollem Umfang gewahrt. Für eine bessere Förderung des Ehrenamtes setzen sich auch das Deutsche Rote Kreuz, der Deutsche Kulturrat, der Deutsche Musikrat, der Deutsche Caritasverband und der Paritätische Wohlfahrtsverband ein.

## Sonderstellung verdient

Nach dem Gesetzentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sollen Tätigkeiten, die in den Gesetzen des Bundes oder der Länder als Ehrenämter bezeichnet werden, nicht als Beschäftigung gelten und damit sozialversicherungsfrei werden. Dies soll ebenso für gezahlte Aufwandsentschädigungen gemeinnütziger, karitativer oder kirchlicher Organisationen gelten, wenn der einkommensteuerepflichtige Anteil der dafür gezahlten Aufwandsentschädigung regel-

mäßig 630 DM im Monat nicht übersteigt.

Damit wären ehrenamtlich Tätige eindeutig besser gestellt als die Opfer des rot-grünen 630-DM-Job-Gesetzes. Das Ehrenamt in Deutschland würde gestärkt und richtig eingestuft: Solche Tätigkeiten sind nicht auf die Erzielung eines Einkommens ausgerichtet. Das Ehrenamt hat eine Sonderstellung in der Sozialversicherung verdient. Das von uns vorgesehene Wahlrecht der ehrenamtlich Tätigen, Aufwandsentschädigung auch sozialversicherungspflichtig zu beziehen, trägt dem Schutzbedürfnis derjenigen genüge, die sich über die ehrenamtliche Tätigkeit z.B. eine Aufstockung der späteren Rente versprechen.

Die rot-grüne Bundesregierung ist daher aufgefordert, das Thema Sozialversicherungspflicht für ehrenamtlich Tätige endlich anzugehen. Schröder hat dies auf dem Deutschen Feuerwehrtag versprochen und wie so oft sein Wort nicht gehalten. Mit unserem Gesetzentwurf ließe sich binnen kürzester Zeit ein Ehrenamtskonsens herbeiführen.

KURT-DIETER GRILL:

# Die CDU geht **neue Wege** in der Ennergiepolitik

**Der Vorsitzende des Bundesausschusses Umwelt- und Energiepolitik der CDU, Kurt-Dieter Grill, hat am 28. August in Berlin ein Diskussionspapier zur Energiepolitik im 21. Jahrhundert für die CDU vorgestellt:**

Die CDU startet mit den Maximen für eine Energiepolitik im 21. Jahrhundert den Dialog zur Energiepolitik in Deutschland. Mit dem Diskussionspapier wollen wir Wege für eine zukunftsorientierte Energiepolitik aufzeigen und so die Herausforderungen, die sich aus Globalisierung und Liberalisierung ergeben, annehmen. Nationale Energiepolitik verstehen wir dabei als einen Beitrag Deutschlands zur internationalen und europäischen Energie- und Klimapolitik, die zugleich Fragen der Entwicklungspolitik aufnimmt.

Die CDU orientiert ihre Energiepolitik an vier Maximen, an:

- Nachhaltigkeit
- Wahrnehmung globaler und europäischer Verantwortung

- marktwirtschaftlichem Wettbewerb
- Zukunftsoffenheit bei Technologien.

## Die Eckpunkte

unseres modernen Energieprogramms: ■ Die Liberalisierung der Energiemärkte hat einen Strukturwandel ausgelöst. Diesen müssen wir konsequent anpacken und vorhandene Überkapazitäten abbauen. ■ Die Energieforschung muss in Deutschland wieder auf Innovationskurs gebracht werden. Der Abbau der Energieforschung ist eine Absage an die Zukunftsgestaltung. Die Mittel müssen erhöht werden, die Energieforschung muss zurück ins Forschungsministerium. ■ Der traditionelle Energiemix wird durch einen neuen Mix zwischen Großkraftwerken und dezentralen Einheiten ergänzt. Dabei gehen wir davon aus, dass neben der Kraftwärmekopplung vor allem die Brennstoffzelle am Ende des Jahrzehnts eine bedeutende Rolle spielen wird. ■ Die Vorherrschaft der fossilen

Energieträger muss abgelöst werden durch die Vorherrschaft neuer, weitestgehend CO<sub>2</sub>-freier Energien. ■ Dazu gehört auch die Vision einer globalen Solarwirtschaft, die gleichzeitig ein Beitrag zur Entwicklungspolitik ist. ■ Die CDU fordert ein Programm „Altbau-Sanierung 2010“, das die CO<sub>2</sub>-Minderungspotentiale im Altbäudebestand erschließt. ■ Die Mobilität muss umweltverträglicher gestaltet werden. Wie in anderen Bereichen auch brauchen wir eine Entkopplung von Wirtschafts- und Verkehrsmenngewachstum. ■ Die CDU fordert nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes, die Option Kernenergie aufrechtzuerhalten. Entsprechende Forschungsaktivitäten (z.B. Kernfusion, HTR) müssen technische Perspektiven offenhalten, die Kompetenz auch im Sinne internationaler Verantwortung muss durch Nachwuchsförderung bewahrt bleiben.

Der Entwurf des Energieprogramms soll in einem breiten Dialog mit Wirtschaft und Umweltverbänden erörtert werden. **UD**

## Freispruch erster Klasse

**Zu dem von der Staatsanwaltschaft Kleve wegen Nichterhärtung des Anfangsverdacht eingestellten Ermittlungsverfahren gegen den Bundestagsabgeordneten Ronald Pofalla wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eckart von Klæden:**

Die Einstellung des Verfahrens ist ein Freispruch erster Klasse. Sachverhalt und Ermittlungsergebnisse haben schon seit längerem deutlich gemacht, dass dies die einzige rechtsstaatlich vertretbare Entscheidung sein konnte.

Die dubiosen Umstände der Einleitung und der Durchführung des Ermittlungsverfahrens werden nun ein parlamentarisches Nachspiel haben.

Im Mittelpunkt der Untersuchungen im Deutschen Bundestag wird dabei die Frage stehen, ob die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Ronald Pofalla vier Tage vor der nordrhein-westfälischen Landtagswahl durch eine bewusste Täuschung des Immunitätsaus-

schusses erreicht worden ist.

Die daraufhin drei Tage vor der Wahl durchgeführten Zwangsmaßnahmen gegen Ronald Pofalla, der in einem Kabinett Rüttgers als Innen- und Justizminister vorgesehen war, sind von Anfang an von der nordrhein-westfälischen Justiz widersprüchlich begründet worden.

Die politische Verantwortung dafür trägt der nordrhein-westfälische Justizminister Jochen Dieckmann. Aus dem Fall Pofalla ist ein Fall Dieckmann geworden.

Ronald Pofalla ist durch das Verhalten der nordrhein-westfälischen Justizbehörden schweres Unrecht widerfahren. Wir werden alles daran setzen, dass die Ronald Pofalla zugefügte Rufschädigung vollständig beseitigt wird.

**NORBERT GEIS:  
WO BLIEBT  
DER PROTEST?**

**Zur Einstellung des Ermittlungsverfahrens erklärte der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis:**

Nur die dümmsten Kälber können jetzt noch glauben, es

habe sich um einen Justizirrtum gehandelt und Parteipolitik sei überhaupt nicht im Spiel gewesen. Man stelle sich vor, dergleichen hätte sich in Bayern ereignet. Durch ganz Deutschland wäre ein lauter Aufschrei gehalten. Wochenlang hätten wir in den Massenmedien von der Verfilzung der bayerischen Justiz lesen müssen. Die Rundfunk- und Fernsehmeldungen hätten sich überschlagen.

Was wäre das für ein Sommerlochknüller gewesen! Morgens, mittags und abends wären Justizminister und Ministerpräsident zum Rücktritt aufgefordert worden. Die Bundesjustizministerin wäre als Racheengel durchs Land gefegt. Der Bundeskanzler hätte mit dem ihm angeborenen Talent zur Schauspielerei seiner tiefen Entrüstung Ausdruck verliehen. Fischer hätte wie immer nach allen Seiten bedeutungsvoll genickt, und Thierse hätte wie Zeus vom hohen Olymp seine Blitze gen Bayern geschleudert.

Wo aber bleibt die Entrüstung dieser Dame und dieser Herren jetzt?

*Siehe auch Seite 21: Übereifer parteitreuer Staatsdiener*

# Betriebliche Alterssicherung fördern

**Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will die betriebliche Alterssicherung stärken. Die Eckpunkte einer solchen Reform hat der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe, Gerald Weiß, am 18. August in Berlin vorgestellt:**

Unabhängig davon, in welcher Form die gesetzliche Rentenversicherung reformiert werden wird, wird das Versorgungsniveau, das durch die gesetzliche Rentenversicherung in der Zukunft noch erreicht werden kann, sinken. Damit tut sich bei den Alterseinkommen – gemessen an den Erwerbseinkommen – im Vergleich zu heute eine größere Versorgungslücke auf. Vor diesem Hintergrund kommt der zusätzlichen Vorsorge durch kapitalgedeckte Systeme – der betrieblichen Altersversorgung und der privaten Vorsorge – künftig eine größere Bedeutung zu. Das gilt auch für die Absicherung des Risikos der Erwerbs- und Berufsunfähigkeit.

Während es für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst nach wie vor die Zusatzversorgung gibt, ist die

Entwicklung bei der betrieblichen Altersversorgung in der Privatwirtschaft rückläufig. Hatten 1987 noch 72 Prozent der in der westdeutschen Industrie Beschäftigten Anspruch auf eine Betriebsrente, so konnten 1999 nur noch 64 Prozent auf eine betriebliche Altersversorgung hoffen. Im Handel in den alten Bundesländern stagniert der Wert seit Jahren bei unter 30 Prozent. In Ostdeutschland hatten 1999 nur 16 % der im verarbeitenden Gewerbe tätigen Arbeitnehmer eine Versorgungszusage, und nur 20 Prozent der im ostdeutschen Handel Beschäftigten besitzen einen Anspruch auf Betriebsrente. Wenn in den vergangenen drei Jahren der rückläufige Trend in den alten Bundesländern auch weitgehend gestoppt werden konnte und der Verbreitungsgrad in den neuen Bundesländern stieg, so kann der Prozess der Stagnation der betrieblichen Alterssicherung noch nicht als überwunden betrachtet werden.

Gerade bei Neuzusagen üben die Firmen große Zurückhaltung.

Für diese Entwicklung sind unterschiedliche Faktoren verantwortlich. Dazu gehört zum einen der sich verschärfende internationale Kostendruck im Zeitalter der Globalisierung: Als freiwillige betriebliche Sozialleistung bietet sich die betriebliche Altersversorgung als Kostensenkungspotential geradezu an. Aber zum anderen haben auch die arbeitsrechtlichen und die sich stetig verschlechternden steuerrechtlichen Rahmenbedingungen zu der negativen Entwicklung erheblich beigetragen.

---

## Schlecht kalkulierbar

So hat das Arbeitsrecht – die Bestimmungen des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (BetrAVG) und insbesondere die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) – dazu geführt, dass sich die betriebliche Altersversorgung für die Unternehmen verteuert hat und dass sie immer schlechter kalkulierbar geworden ist. Die Auslegung des Be-

trAVG durch das BAG führte dazu, dass alle laufenden Renten (mindestens) in Höhe des vollen Kaufkraftverlustes (Inflationsrate) anzupassen waren. Außerdem war für den Fall, dass in der Vergangenheit kein voller Inflationsausgleich gewährt worden war, bei Folgeprüfungen der Kaufkraftverlust seit Rentenbeginn zu berücksichtigen. Es war also eine nachholende Anpassung vorzunehmen.

Mit Blick auf das Steuerrecht wird insbesondere die vorgelagerte Besteuerung bei den Durchführungsformen der Direktversicherung und der Pensionskasse kritisiert.

Angesichts der schwierigen Situation der betrieblichen Altersversorgung ist indes positiv hervorzuheben, dass die Tarifpartner in der letzten Zeit in einer zunehmenden Anzahl von Tarifverträgen Vereinbarungen zur Alterssicherung getroffen haben.

### Neue Zusagen

Die christlich-liberale Koalition hat im Rahmen des Rentenreformgesetzes 99 (RRG 99) die Rahmenbedingungen für die betriebliche Alterssicherung durch eine Novellierung des Be-

trAVG bereits verbessert. Die Rechtsänderungen sind von den Unternehmen überwiegend begrüßt und zum Teil auch zum Anlass für neue Versorgungszusagen genommen worden, so dass das Ende des rückläufigen Trends wesentlich auf das RRG 99 zurückgeführt werden kann. Es besteht aber weitgehend Einigkeit darüber, dass diese Reform nicht ausreicht, um eine nachhaltige Umkehr des negativen Trends zu erreichen. Doch immerhin sind erste Schritte in die richtige Richtung unternommen worden – unter anderem:

■ Bei künftigen Neuzusagen gilt die Verpflichtung zur Anpassung der Betriebsrenten als erfüllt, wenn der Arbeitgeber sich verpflichtet, die Leistungen aus der betrieblichen Altersversorgung jährlich um ein Prozent anzupassen. Damit werden die Betriebsrenten besser kalkulierbar; es lassen sich durch das Unternehmen entsprechende gewinnmindernde Rückstellungen bilden. Wird die betriebliche Altersversorgung über Direktversicherung bzw. über Pensionskasse durchgeführt, so ist die Anpassungsverpflichtung erfüllt, wenn ab Rentenbeginn sämtliche Überschussanteile zur Erhöhung der laufenden Ein-

nahmen verwendet werden. Eine Untersuchung hat ergeben, dass 20 Prozent der Unternehmen, die ihre Versorgungszusagen eingestellt hatten, wegen der einprozentigen Rentenanpassung ihr geschlossenes Versorgungswerk für ab 1999 eintretende Mitarbeiter wieder öffnen wollten.

### Luft verschaffen

■ Die 1 % Regelung ist auch für die Arbeitnehmer bzw. Empfänger der Betriebsrenten insofern von Vorteil, als ihnen die einprozentige Erhöhung auch – unabhängig von der wirtschaftlichen Situation des Unternehmens – garantiert wird. Es wird zu prüfen zu sein, ob die nur für Neuzusagen geltenden Regelung (1-%-Regelung bzw. Verwendung Überschussanteile) auf Altzusagen auszuweiten ist, um den Arbeitgebern die Luft für neue Versorgungszusagen zu verschaffen.

■ Wird aufgrund der wirtschaftlichen Lage des Arbeitgebers eine Anpassung in Höhe der Inflationsrate zu Recht unterlassen, so ist bei einer späteren wirtschaftlichen Erholung keine nachholende Anpassung der Leistungen mehr notwendig. Diese Regelung gilt für ab

dem 1. Januar zu Recht unterlassene Anpassungen. Es wird zu prüfen sein, ob sie auf zuvor zu Recht unterlassene Anpassungen auszuweiten ist – wiederum, um den Unternehmen die Entscheidung für Neuzusagen zu erleichtern.

■ Es sind im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung beitragsorientierte Leistungszusagen ermöglicht worden. Dies ist ein erster Schritt in Richtung auf andere, flexiblere Gestaltungsformen, den laut einer Studie viele Unternehmen zum Anlass nehmen wollten, bisher unversorgte Arbeitnehmer mit einer betrieblichen Altersversorgung zu bedenken.

■ Es ist klargestellt worden, dass die Entgeltumwandlung betriebliche Altersversorgung darstellt und somit auch in den Schutzbereich des BetrAVG fällt und durch den Pensions-Sicherungs-Verein abgesichert ist.

## Risiko mindern

Weitere arbeitsrechtliche Änderungen müssen zum Ziel haben, die Betriebsrenten für die Unternehmen kalkulierbarer zu machen – und damit das Risiko zu vermindern, welches mit der Zusage einer betrieblichen Alters-

versorgung verbunden ist. Zugleich ist das Betriebsrentenrecht an das Erfordernis der Mobilität der Arbeitnehmer anzupassen.

■ Konkret sollte durch eine entsprechende Änderung des BetrAVG eine reine Beitragszusage in allen Durchführungswegen ermöglicht werden. Beitragszusage bedeutet, dass die Verpflichtung des Arbeitgebers sich auf die Gewährung der Beiträge/Zuwendungen für die betriebliche Altersversorgung beschränkt. Welches Versorgungsniveau damit erreicht werden kann, hängt auch vom Ertrag ab, der mit den Beiträgen erwirtschaftet wird. Die Pflicht zur Anpassung der Betriebsrenten entfällt, sofern der Arbeitgeber sich zur Leistung eines Versorgungsbeitrages verpflichtet hat.

Wenn dem Arbeitgeber dadurch aber die Entscheidung für die Gewährung einer Betriebsrente erleichtert wird, wirkt sich diese Maßnahme gleichwohl zugunsten der Arbeitnehmer aus.

■ Auch bei einer reinen Beitragszusage sind bestimmte Qualitätskriterien zu erfüllen.

■ Biometrische Risiken (wie Langlebigkeit, Invalidität, Tod) sollen im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung unter Berücksichtigung der persönlichen Situa-

tion der Arbeitnehmer abgesichert werden.

■ Wir wollen dafür sorgen, dass auch bei der notwendigen gewordenen steigenden Mobilität der Arbeitnehmer eine Stärkung der betrieblichen Altersversorgung möglich ist, indem wir die Unverfallbarkeitsfristen herabsetzen und die Übertragbarkeit von Versorgungskapital auf andere Versorgungseinrichtungen weiter erleichtern. Die Änderung der Unverfallbarkeitsfristen muss steuerlich flankiert werden.

## Aufwendungen steuerfrei

■ Die zur Zeit zwischen den Durchführungswegen variiierende Besteuerung der betrieblichen Altersversorgung wollen wir vereinheitlichen. Wir treten – bis zu einem noch zu genauer beziffernden Höchstbetrag ein – für eine nachgelagerte Besteuerung für alle Durchführungswege. Das bedeutet, dass aus Arbeitnehmer-sicht die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung steuerfrei bleiben, während die Betriebsrente selbst – bis auf einen Freibetrag – der Steuer unterliegt. Eine solche Regelung, die im übrigen dem Standard in nahezu allen westlichen Industrienationen entspricht,

würde dazu führen, dass der gesamte leistbare Bruttoaufwand auch tatsächlich für die betriebliche Altersversorgung zur Verfügung stünde. Weil kleine und mittlere Unternehmen oft die (derzeit vorgelagert besteuerte) Direktversicherung als Durchführungswege wählen, würde durch eine Umstellung die betriebliche Alterssicherung gerade in diesem Bereich gestärkt.

Unterhalb der Forderung nach einer generellen Umstellung der Besteuerung treten wir dafür ein,

- dass bei einer weitgehenden Reform der Einkommensteuer mit einer Senkung der Steuersätze, insbesondere auch des Eingangsteuersatzes, auch der Pauschalsteuersatz für Beiträge zu Direktversicherungen und Zuwendungen zu Pensionskassen von zur Zeit 20 Prozent deutlich abgesenkt wird und dass der Höchstbetrag von 3.408 DM, für den die Pauschalbesteuerung gilt, an die Lohn- und Gehaltsentwicklung angepasst wird;

- dass der Rechnungszins von zur Zeit 6 Prozent, der bei der Bildung von Pensionsrückstellungen zugrunde zu legen ist, an die allgemeine Zinsentwicklung angepasst, also gesenkt, und dadurch im übrigen auch an die Rechnungs-

zinsfüße der Lebensversicherungen angenähert wird.

- Wir wollen prüfen, welche weiteren Rechtsänderungen erforderlich sind, um die Weiterentwicklung bestehender Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung zu Pensionsfonds – unter denen wir mehr verstehen als reines Wertpapiersparen – zu ermöglichen. Dabei gehen wir davon aus, dass nur wenige weitere rechtliche Schritte notwendig sind, sofern unsere zuvor genannten Forderungen (insbesondere Ermöglichung der Beitragszusage in allen Durchführungsweisen und nachgelagerte Besteuerung) umgesetzt werden.

Für einen guten Ansatz halten wir die Weiterentwicklung der Unterstützungskassen zu Pensionsfonds. Aber auch Vorschläge, die Ausgliederung der Mittel für Direktzusagen aus der Bilanz des Trägerunternehmens („Betriebsunmittelbare Pensionsfonds“ im Bericht des Gerke-Arbeitskreises) zu ermöglichen, sollten unseres Erachtens wohlwollend geprüft werden.

### Senkt die Kosten

Sofern durch solche Pensionsfonds-Modelle die erzielbare Rendite der Mittel für die betriebliche Alters-

versorgung erhöht wird, senkt auch das die Kosten für die betriebliche Alterssicherung.

- Wir setzen uns aus diesen Gründen auch dafür ein, die Kapitalanlagevorschriften für die Durchführungswege der Pensionskasse und Direktversicherung zu überprüfen und zu lockern, soweit die berechtigten Sicherheitsinteressen nicht gefährdet werden.

- Wir appellieren an die Tarifvertragsparteien, noch mehr als bisher Regelungen zur betrieblichen Altersversorgung zu vereinbaren.

- Wir wollen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Betriebsparteien sowie die Tarifpartner insbesondere ermutigen, die rechtlichen Möglichkeiten zu Entgeltumwandlung stärker als bisher zu nutzen. Wir wollen auch prüfen, ob dem Arbeitnehmer ein Recht auf Entgeltumwandlung – bei Wahl des Durchführungsweges durch den Arbeitgeber – eingeräumt werden sollte.

- Wir wollen prüfen, wie betriebliche Altersversorgung und die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen besser miteinander verzahnt werden können.

<http://>

[www.cducusu.bundestag.de](http://www.cducusu.bundestag.de)



DIRK FISCHER:

# Absage an rot-grüne Ideologie eines generellen Tempo 30

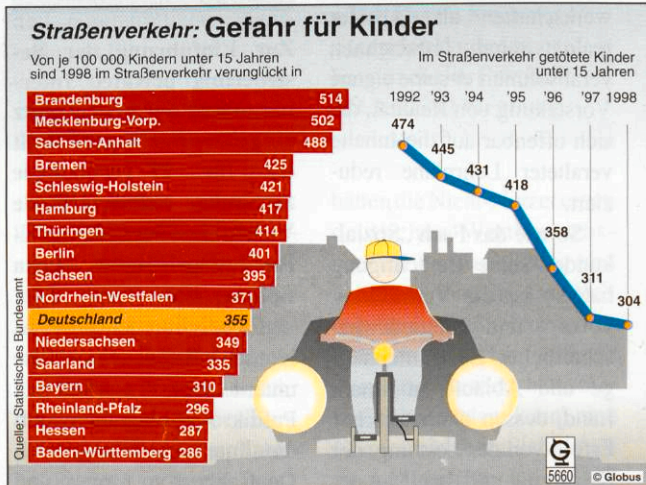
**Zu dem Verordnungsentwurf des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, die Anordnung von Tempo 30-Zonen zukünftig zu erleichtern, erklärte der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer:**

Die Verbesserung des Schutzes für Kinder, Fußgänger und Radfahrer muss bei den Überlegungen für mehr Verkehrssicherheit oben an stehen. Der Anstieg der Unfallzahlen, insbesondere der Verkehrsunfälle mit Kindern, sind ein deutliches Warnsignal. Zu einer verantwortungsvollen Verkehrspolitik gehört zwingend eine verantwortungsvolle Verkehrssicherheitspolitik. Mit unserer Initiative zur Verkehrssicherheitslage 2000 fordern wir von der Bundesregierung, Prävention, Aufklärung und Information der Verkehrsteilnehmer bundesweit zu gewährleisten.

Sinnvoll gestaltete Tempo 30-Zonen in Wohngebieten führen zur Verkehrsberuhigung und dienen damit dem Schutz gerade der schwächeren Verkehrsteil-

nehmer. Die Betonung liegt allerdings auf „sinnvoll gestaltet“, denn das Institut für Straßenverkehr hat nachgewiesen, dass sich die Verkehrssicherheit speziell für Kinder deutlich verschlechtert, wenn nur Zeichen und Schilder aufgestellt werden. Dies führt zu einer trügerischen Scheinsicherheit. Die Zahl der Unfälle mit Kindern nahm in Bereichen ohne Umgestaltung deutlich zu, während sie sich in Zonen mit baulichen Veränderungen maßgeblich verringerte. Der schutzbedürftige Bereich muss vom Autofahrer auch erkannt und akzep-

tiert werden. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat der rot-grünen Ideologie eines generellen Tempolimits auf 30 km/h innerorts eine klare Absage erteilt – dies begrüße ich sehr – und die Entscheidung über Tempo 30-Zonen denen übertragen, die sie jeweils nach den örtlichen Bedingungen am besten treffen können. Es liegt künftig bei den Kommunalpolitikern, den Schutz der Wohnbevölkerung, der Kinder, Fußgänger und Radfahrer in Wohngebieten verantwortungsbewusst zu gestalten.



# Lemkes Realität ist der Inhalt veralteter Lehrpläne

**Zur ablehnenden Haltung der Kultusministerkonferenz gegenüber der Forderung nach Einführung des Unterrichtsfachs „Wirtschaft“ erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansjürgen Doss:**

Die Kultusministerkonferenz hat sich unter der Präsidentschaft des Bremer Senators Willi Lemke (SPD) zum konservativen Bremsklotz einer zukunfts- und praxisorientierten Weiterentwicklung unseres Bildungssystem entwickelt. Wenn Herr Lemke den gemeinsamen Vorschlag von Arbeitgebern und Gewerkschaften als „absolut realitätsfremd“ bezeichnet, verabsolutiert er seine eigene Vorstellung von Realität, die sich offenbar auf die Inhalte veralteter Lehrpläne reduziert.

So wie das Fach „Sozialkunde“ seine Berechtigung hat, so ist die Vermittlung volks- und betriebswirtschaftlicher Zusammenhänge und Abläufe in einem Land, dessen ökonomischer Erfolg von der Leistung, der Kreativität und dem Mut der

Menschen abhängt, die sich qualifizieren und unternehmerische Initiative ergreifen, dringend erforderlich. Die Vielfalt der Leistungen des Sozialstaates und die Vielfalt der Ansprüche der Bürger an diesen Staat zu kennen, ist nicht genug. Das Unterrichtsfach „Wirtschaft“ wird ökonomische Kompetenz herausbilden, aber auch Hemmschwellen abbauen und die Bereitschaft zum Schritt in die unternehmerische Selbstständigkeit verstärken.

**Maria Böhmer:  
Eichels Internet-Steuer  
ist Nonsens**

**Zur Einführung der Besteuerung privaten Internetsurfs am Arbeitsplatz als geldwerter Vorteil stellt die für IT-Technologie zuständige stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Böhmer, fest:**

Eichels Internet-Steuer ist Nonsens. Auf der einen Seite unternehmen Wirtschaft und Politik Anstrengungen, um die Internettechnologie in Deutschland zu fördern und

zu verbreiten. Gleichzeitig tritt der Bundesfinanzminister auf die Bremse und will Internetnutzern mit der Surf-Steuer das Leben schwer machen. Dabei weiß jeder: Auf der einen Seite Gas geben, auf der anderen Bremsen gibt nur eins: Viel Qualm und wenig Vorankommen.

Demnächst muss der Lehrer an der Schule jeden Gang ins Internet protokollieren. Dienstlich oder nicht dienstlich wird die Frage sein. Nur lässt das Internet diese Trennschärfe nicht zu. Was ist, wenn der Lehrer beim privaten Surfen am Schulrechner interessantes Material für seinen Unterricht findet? Ist dies dann rückwirkend dienstlich? Dieses Beispiel zeigt die Absurdität der Idee Eichels. Anstatt sich neue Steuern auszudenken, sollten wir froh sein, dass das Internet Verbreitung und Anwendung findet. Nur durch „learning by using“ wird Deutschland fit im Internet.

Dass ein Arbeitnehmer seine Arbeitszeit nicht mit dem privaten Surfen vergeuden darf, ist klar. Dafür kann der Arbeitgeber aber selbst sorgen. Dazu bedarf es nicht des Finanzministers.

## STELLENANGEBOT

## Zum nächstmöglichen Termin ist die Stelle des **Kreisgeschäftsführers der CDU** des Rhein-Sieg-Kreises

wegen Pensionierung des Amtsinhabers neu zu besetzen.

Die CDU des Rhein-Sieg-Kreises mit Sitz in Siegburg ist der mitgliederstärkste Kreisverband in der Bundesrepublik. Die Kreisgeschäftsstelle ist die zentrale Anlauf- und Verwaltungsstelle für 19 Stadt- und Gemeindeverbände mit rund 8.600 CDU-Mitgliedern.

Der Kreisgeschäftsführer leitet die Kreisgeschäftsstelle mit z.Zt. 5 Mitarbeitern. Ihm obliegen insbesondere die Verwaltung des Etats, die Vorbereitung, Durchführung und Organisation von Kreisvorstandssitzungen, Kreisparteitage, Kreismitgliederversamm-

lungen, Fachtagungen und Konferenzen jeglicher Art, die Planung, konzeptionelle Gestaltung und Überwachung umfangreicher Wahlkampfaktivitäten, die organisatorische Betreuung der Gebietsverbände der Partei und ihrer Vereinigungen.

Wir suchen eine selbstbewusste und engagierte Persönlichkeit, die in der Lage ist, diese und eine Vielzahl weiterer und interessanter Aufgaben zu erfüllen, auch vielfach außerhalb der üblichen Dienstzeiten. Wir erwarten hohe Einsatzbereitschaft, sicheres Auftreten und die Fähigkeit, haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter zu führen und zu motivieren. Grundvoraussetzung für die Einstellung ist

der Abschluss einer beruflichen Ausbildung. Erforderlich ist die Beherrschung moderner Büro-kommunikations-Techniken. Erfahrungen in praktischer politischer Arbeit sind Voraussetzung, ebenso eine politische Nähe zur CDU.

Anstellung und Besoldung erfolgen durch den CDU-Landesverband NRW und orientieren sich an BAT II.

**Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind umgehend zu richten an die CDU des Rhein-Sieg-Kreises, z.Hd. Herrn Kreisvorsitzenden Andreas Krautscheid, Postfach 1263, 53702 Siegburg.**

### Initiative D 21 gegen „digitale Spaltung“

**In der deutschen Bevölkerung wächst die Gefahr einer „digitalen Spaltung“ trotz der vorhandenen Projekte und Programme zur Förderung der Informationsgesellschaft.**

Zu diesem Ergebnis kommt die Studie „Allgemeiner Netzzugang in Deutschland“, die im Auftrag der Initiative D 21 in Berlin vorgestellt wurde. Den Berechnungen zufolge werden im Jahr 2003 rund 20 Millionen Bundesbürger über keinen Internet-Zugang verfügen. Damit

würden die Nicht-Nutzer einen deutlichen Wettbewerbsnachteil bei Ausbildung und bei Bewerbungen. Da Weiterbildungsmaßnahmen in Zukunft vermehrt „online“ stattfinden werden, hätte diese Gruppe zudem kaum eine Chance, sich beruflich weiter zu qualifizieren.

UD



## DEUTSCHE EINHEIT

### Glück und Neid

Das hätte auch ein anderer Kanzler geschafft, sagt SPD-Generalsekretär Müntefering. Er spricht von der Einheit und ihrem Architekten, dem damaligen Bundeskanzler Kohl. Wohlan, stellen wir es uns vor: einen Kanzler Lafontaine, der über Nacht zum glühenden deutschen Patrioten mutiert und die Amerikaner davon überzeugt, dass auch er schon immer die Einheit und nie die Neutralität gewollt habe. Einen Kanzler Scharping ... Oder einen Kanzler Schröder ... Diese Kanzler hätten die historische Chance begreifen und nutzen sollen? Kohl tat es. Er wollte die Einheit, und er verfügte über das Ansehen und über das politische Gewicht in Ost und West, um sie gegen die Widerstände im In- und Ausland durchzusetzen. Müntefering spricht vom „Glück Kohls“, damals Kanzler gewesen zu sein. Plagt ihn der Neid so sehr? Es war nicht nur das Glück eines Staats-

mannes, sondern das einer ganzen Nation.

Frankfurter Allgemeine

## UMTS-MILLIARDEN

### Goldmine geerbt

Hans im Glück – seit seinem Amtsantritt reiht Hans Eichel Erfolg an Erfolg. Jetzt spülen ihm Privatisierungserlöse gewaltige Mehreinnahmen in die Kasse. Dabei wird leicht übersehen, dass auf dem Bund eineinhalb Billionen DM Schulden lasten, die noch weiter wachsen werden. Allein für Zinsen gibt der Bund im Jahr mehr als 80 Milliarden DM aus. Die Vorgängerregierung hat Eichel aber nicht nur einen Schuldenberg hinterlassen, sondern mit dem Beschluss zur Liberalisierung der Telekom auch eine Goldmine aufgeschlossen. Daran hat Eichel ausnahmsweise kein Verdienst. Als hessischer Ministerpräsident hatte er zusammen mit seinem damaligen sächsischen Kollegen Schröder im Bundesrat gegen die Postreform gestimmt. Handelsblatt

## EURO

### Währungsstabilität für Schröder ein Fremdwort

Obwohl der Euro zum 1. Januar 1999 mit 1,18 \$ einen glänzenden Start hingelegt hat, hat die Regierung Schröder sehr rasch dieses Erbe verspielt. In 20 Monaten hat der Euro immerhin fast ein Viertel seines Wertes verloren. Der Grund: Wichtige Reformen wurden zurückgenommen. Der europäische Stabilitätspakt wurde öffentlich infrage gestellt. Mit der Ökosteuer wurde die Wachstumsdynamik geschwächt. Oskar Lafontaine untergrub das Vertrauen in die Deutsche Bundesbank. Im Konzert mit den sozialistischen Regierungen in Europa wurde Italien eine lockere Haushaltsdisziplin gestattet und Griechenland eine zu frühe Aufnahme in den Kreis der Euro-Länder signalisiert. Für die Regierung Schröder scheint Währungsstabilität ein Fremdwort zu sein.

Die Welt

## SCHULFACH

VERFAHRENS-  
EINSTELLUNG

## WELTJUGENDTAG

Richtige Vorbereitung  
aufs Leben

*Es mag ja „realitätsfremd“ sein, heute ein eigenes Schulfach „Wirtschaft“ zu verlangen, wie Willi Lemke sagt, der Vorsitzende der Kultusministerkonferenz. Wer wollte schon leichten Herzens ein neues Fach einführen, wenn schon für die Unterrichtung in den bestehenden das Geld kaum reicht? Trotzdem ist es verblüffend, wie schnell die deutschen Kultusminister Sachzwänge ins Feld führen, die an Vernünftigkeit so leicht nicht zu bestreiten ist. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, dass sich nicht mehr nur die Arbeitgeber um das Thema kümmern, sondern dass sie in ihren Forderungen auch und ausdrücklich von den Gewerkschaften unterstützt werden. Wirtschaft in der Schule ist keine Frage der Ideologie mehr, sondern eine der richtigen Vorbereitung aufs Leben. Süddeutsche Zeitung*

Übereifer parteitreuer  
Staatsdiener

*Es gibt sehr deutliche Indizien, dass im so genannten Fall Profalla nicht alles mit rechten Dingen zugegangen ist. Kein Anlass zur Begeisterung bei den üblichen Verschwörungstheoretikern. Denn vermutlich handelt es sich dabei weniger um ein Staatskomplott als um politischen Übereifer parteitreuer Staatsdiener. Aber das ist unerheblich, weil der Vorgang an sich unerträglich ist. Wenn öffentlich der Eindruck entsteht, im Kampf um die Macht sei alles erlaubt, muss man sich da wundern, dass auch andere versuchen, mit eigenen Regeln die allgemein geltenden auszuhebeln? Das Urteil im Fall des CDU-Abgeordneten Profalla ist eine Ohrfeige für die Beteiligten. Die guten Sitten verlangen in diesem Fall mehr als eine deutliche Bitte um Entschuldigung. Berliner Zeitung*

## Erfolg des Papstes

*Zwei Millionen Jugendliche aus unterschiedlichen Kulturen und Nationen beteten und beichteten, jauchzten und jubelten Papst Johannes Paul II. auf dem 15. Weltjugendtag zu. Sechs Tage lang war Rom Treffpunkt der internationalen Jugend. Die Bilder gingen um die Welt: auf der einen Seite der kranke greise Pontifex, nunmehr am Ende seines Lebens stehend; und auf der anderen Seite die begeisterten Vertreter der Zukunft. Diese Jugendlichen waren nach Rom gekommen, um eine Botschaft zu erhalten. In der Heiligen Stadt konnte man es nochmals erfahren: Die Mehrzahl der Jugend weltweit sehnt sich nach Werten, Idealen und einem moralischen Halt, den sie von Politikern und Parteien, Eltern und Schulen offenbar nicht oder nur unzureichend bekommt. Der Papst vermochte es, den Jungen und Mädchen bei ihrer Suche nach dem Sinn zu helfen. Die Welt*

## Der CDU-Seemannsrucksack

Ob gelb oder blau – der Rucksack ist für jede Gelegenheit ein praktischer Begleiter. ■ Für den Strand, Sport, Sauna oder auf Reisen macht er sich einfach unentbehrlich. ■ Der Seemannsrucksack ist so geräumig, dass bequem Sportschuhe, Tennisschläger und Sportbekleidung in ihm Platz finden. ■ Der Rucksack ist aus strapazierfähigem, robustem und wasserabweisendem Nylonstoff genäht. ■ Der rückwärtige Gurt ist ge-

polstert, eine Innentasche mit Handyfach sorgt für ein schnelles Wiederfinden der Kleinutensilien. ■ Die Ton-in-Ton-Stickerei unseres „CDU“-Logos verleiht diesen farbenschönen Rucksäcken eine elegante Note.



### Seemannsrucksack „blau“

Bestell-Nr.: 9661

Preis je Exemplar:  
34,00 DM

### Seemannsrucksack „gelb“

Bestell-Nr.: 9662

Preis je Exemplar:  
34,00 DM

# Endlich ist er da - unser CDU-Scooter!

## Das Kleine Ding mit der großen Leistung!

Der Scooter ist ein praktisches Fortbewegungsmittel für „Klein und Groß“. ■ Ob Sie durch die Stadt oder zur Arbeit düsen, der Scooter ist Ihr handlicher Begleiter. ■ Bequem und kinderleicht lässt er sich mit wenigen Handgriffen zusammenklappen und in dem dazugehörigen Rucksack transportieren. ■ Der Rucksack ist mit einem Schultergurt und einer daran mit Klettverschluss befestigten Handtasche versehen. ■ Der CDU-Scooter ist aus stabilem Aluminium und hat ein Gesamtgewicht von 3,1 kg. ■ Die Lenker-Teleskopstange ist 3-fach höhenverstellbar. ■ Die Bremse befindet sich auf dem hinteren Rad. ■ Der Scooter ist für eine Gesamtbelastung von 200 kg ausgelegt. ■ Sie können mit dem Scooter eine Geschwindigkeit bis ca. 30 km/h erreichen. ■ Der CDU-Scooter ist in einer hochwertigen Materialausstattung und Verarbeitung hergestellt. Er entspricht nicht nur dem vorgegebenen Standard, sondern hat bei mehreren Vergleichstests mit anderen Scootern gut abgeschnitten und liegt in der Testliste auf dem 2. Platz.

Bestell-Nr.: 9673

Preis je Scooter inkl. Rucksack: 170,00 DM

Union Betriebs GmbH  
 Postfach 1190  
 53348 Rheinbach  
 PVSt, Deutsche Post  
 Entgelt bezahlt.

2600-2-60062AKV

170/ 63  
 G 8457

Rita Tüpper M.A.  
 " Die Politische Meinung "  
 Rathausallee 12

53732 Sankt Augustin



## NEU! PIN (CDU-Digits!

Als neues Kleinwerbemittel wird ab heute der neue Ansteckpin unser Gesamtangebot ergänzen.

Der Pin „CDU-Digits“ bringt unser aktuelles Logo in den Vordergrund. Er ist nur 25 mm groß und lässt sich leicht an jede Kleidung stecken.

Bestell-Nr.: **9440**

Preis je 100 Stück: 35,00 DM

### BESTELL- ANSCHRIFT

IS-Versandzentrum  
 Postfach 1465

59306 Ennigerloh

Telefax 02524/911310

e-mail:

[cdu-shop@bertelsmann.de](mailto:cdu-shop@bertelsmann.de)